





Im § 9 wird die Auslieferung von „Saareinwohnern“ (die Bezeichnung ist, nebenbei bemerkt, sprachlicher Unsinn) in den Fällen, in denen die Gegenseitigkeit verbürgt ist und wenn er ein Staatsangehöriger der betreffenden Regierung ist, festgelegt. In einer Verordnung der Regierungskommission vom Juli d. J. wurde der Begriff „Saareinwohner“ und „Nichtsaareinwohner“ neu konstruiert. Man schied damit die Saargebietbevölkerung in In- und Ausländer.

Der § 11 des StGB., der die Immunität der Volksvertreter garantierte, wurde ganz gestrichen.

Man wollte absichtlich jedwede Hoffnung auf eine Volksvertretung zertreten. Die Regierung vertritt aber dessen ungeachtet den Standpunkt, daß die gewählten Stadt- und Kreisvertretungen die „Volksvertretung“ sein sollen, denn sie hat diesen ja auch den vorliegenden Entwurf zur Begutachtung (!) zugehen lassen. Man muß demnach annehmen, daß der Saarregerung nur die Immunität dieser Vertreter ein Dorn im Auge war.

Die in gleicher Weise erfolgte respektlose Streichung des § 12, der die Presse schützte bei wahrheitsgemäßer Berichterstattung über Parlamentsberichte, bestärkt diesen Eindruck.

Der § 39 gibt der Obersten Polizeibehörde das Recht, „Nichtsaareinwohner“ auszuweisen. Da Deutschland nach Schaffung des Begriffs „Saareinwohner“ ebenfalls „außerhalb des Saargebiets“ liegt, riskiert ein Deutscher aus einem Gebietsteil seines Vaterlandes ausgewiesen zu werden.

In dem § 81 des StGB. ist folgender wunderliche Satz enthalten:

„Wer es unternimmt,  
1. die Verfassung des Saargebiets gewaltsam zu ändern oder

2. das Saargebiet ganz oder teilweise einem fremden Staat gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil desselben vom Ganzen loszureißen, wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.“

Der in diesem Paragraph entwickelten Scharfsinn der juristischen Gelehrsamkeit ist einfach phänomenal. „Wer es unternimmt, 1. die Verfassung des Saargebiets gewaltsam zu ändern — Bisher existiert nämlich eine „Verfassung des Saargebiets“, die ein selbständiges Staatswesen zur Voraussetzung hat, nur in den Köpfen einiger weißlicher Annexionisten. Wegen Hochverrat wird ferner mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft, wer das Saargebiet einem fremden Staat einverleiben, oder ein Teil von seinem Gebiet losreißen will. Wir nehmen zur Ehre der Gesetzgeber an, daß sie den Friedensvertrag nicht wie einen beliebigen Fehden Papier betrachten und deshalb Deutschland nicht zu den „fremden Staaten“ rechnen werden. (Die Umdeutung des Begriffs „Ausland“ in „außerhalb des Saargebiets“ läßt jedoch einen anderen Schluß zu.)

Im § 105 verschafft sich die Regierungskommission selbst den Schutz, den sie in den §§ 11 und 12, wie bereits erwähnt, den „gewählten Vertretern“ und der Presse nahm. Sie droht Zuchthaus- oder Festungstrafen nicht unter fünf Jahren demjenigen an, „der es unternimmt, die Regierungskommission des Saargebiets auseinanderzusprenken, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihr gewaltsam zu entfernen.“

Nach einer Auslassung des „Manchester Guardian“ soll der Präsident Kauff vor dem Völkerbundrat in Genf erklärt haben, er brauche eine starke, zuverlässige, d. h. französische Polizeitruppe, um Streiks zu unterdrücken. Die englische Zeitung bemerkt, daß dieses Recht den Arbeitern heute in allen zivilisierten Staaten zuerkannt sei. Der demnach eines zivilisierten Staates unwürdige Zustand soll scheinbar verewigt werden.

Der § 141 lautet:  
„Wer im Saargebiet jemanden zum Militärdienst in einem anderen als dessen heimatlichen Heere anwirbt oder den

Berbern eines solchen zuführt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Da laut § 30 der Anträge zum Friedensvertrag im Saargebiet kein Militärdienst stattfindet und für die deutsche 100 000 Mann starke Armee wahrhaftig kein Werbefeldzug im Saargebiet veranstaltet werden braucht, ist diese Bestimmung wahrscheinlich nur geschaffen worden, um den Berbern für die französische Fremdenlegion das Handwerk zu legen.

Noch eine „Reform“ sei erwähnt:

„Laut § 485 bedürfen Todesurteile zu ihrer Vollstreckung keiner Bestätigung. Die Vollstreckung ist vielmehr zulässig, wenn die Regierungskommission von ihrem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch macht.“

Diese Beispiele dürften schon Qualität und Tendenz dieser Gesetzgebungsarbeit zur Genüge kennzeichnen.

Von wirklichen Reformen, wie beispielsweise die Entschädigung unglücklich Verurteilter und Verhafteter, das Berufungsrecht in allen Strafsachen, die Einschränkung der Untersuchungshaft, der Aufbau des Strafrechts auf die Prinzipien des Schutzes und der Erziehung an Stelle des bisherigen Prinzips der Vergeltung, die Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafen usw. enthält diese Arbeit ebenfalls keine Spur. Es ist eine von Juristen, d. h. von beruflichen Gesetzesauslegern und Fachleuten und nicht etwa eine von nichtfachmännischen Parteileuten geschaffene „Qualitätsarbeit“. Simple Volksvertreter und Parteileute hätten wahrscheinlich die Reform nach dem plebejischen Grundsatz „Was Recht ist, soll Recht bleiben“ aufgebaut, aber solche Arbeit ist in Saarabien nicht zu gebrauchen.

Und doch! Als dem Mephistopheles am Ende die Seele des Faust einschließt, ruft er, sich selbst anklagend, aus:

„Ein großer Aufwand, schmähdlich! ist vertan — —“

## Zeuge Escherich.

In dem Leitartikel des gestrigen Abendblattes war auf Ausführungen einer Escherich-Broschüre über die Ursachen der Revolution Bezug genommen worden. Auf einige an uns gerichtete Anfragen geben wir diese Ausführungen nachstehend im Wortlaut, da sie gegenüber den gewöhnlichen alldeutschen Agitationslügen nicht ohne Bedeutung sind. Sie sind enthalten in Nr. 1 der „Escherich-Hefte“ (Herausgegeben vom Forststr. Dr. Escherich). Das erste Heft, das die Vorgeschichte der Münchener Revolution darstellen will, beginnt gleich mit folgenden Sätzen:

Die Länge des Krieges mit seinen großen Opfern an Gut und Blut, mit seinen ungeheuren Entbehrungen infolge der englischen Hungerblockade, mit den riesigen Kriegsgewinnen, die mit diesen verbundenen Genußsucht, dem abnehmenden Ehr- und Pflichtgefühl, trugen dazu bei, die im Volke ausgespeicherte Unzufriedenheit noch weiter zu steigern. Mammonismus und rücksichtslose Gewinnsucht, Bestechlichkeit und wüstes Genußleben machten sich in der Heimat um so breiter, je mehr die Entbehrungen an der Front und bei den Massen in der Heimat zunahmen. Auch im Rückengebiet des Heeres wurzelten sich die erwähnten krankhaften Erscheinungen ein.

Nach der alldeutschen Theorie sollen Schiebertum, Genußsucht, Mammonismus, nicht zuletzt Bestechlichkeit sowie abnehmendes Ehr- und Pflichtgefühl, alles Folgeerscheinungen der Revolution sein. Herr Escherich — sicher kein Freund der Revolution — erkennt an, daß diese Untugenden durch den Krieg emporgeschoben sind. Er muß es freilich wissen, denn auch er „wurzelte“ ja „im Rückengebiet des Heeres“, führte ein beschauliches Dasein als Verwalter der riesigen Wälder von Bialowicze und erfreute sich des steten Besuches der Fürstlichkeiten, Generale, Hoffschranzen usw., die den Hauptzweck der Okkupation dieses Urwaldsörstes darin sahen, daß sie der Jagd auf seltenes Wild, namentlich auf den Wisent, frönen konnten. Ja, wir glauben gern, daß Herr Escherich über die „krankhaften Erscheinungen“ in der Etappe Bescheid weiß.

Auf Seite 7 der Schrift wird dann über die besonderen Ursachen der Revolution in Bayern folgendes ausgeführt:

Während des Krieges steigerte sich die allgemeine Unzufriedenheit gewisser Kreise durch den weitverbreiteten Glauben, daß Bayern zu den landwirtschaftlichen Kriegslieferungen (vor allem von Vieh) vom Reich stärker herangezogen wurde als die übrigen Bundesstaaten. Der Bayer empfand die Verringering der Bier- und die Verschlechterung der Qualität dieses Nationalgetränks besonders schwer, und den Südbayern, als ausgesprochenen Fleischesser und Gemüseverächter, traf die Einschränkung des Fleischverbrauches viel härter als die Norddeutschen. Auch der Bayer empfand viel schwerer als dieser die Unmenge bürokratischer Verordnungen, welche die Kriegswirtschaft notwendigerweise mit sich brachte. Der Gegensatz zwischen Süd und Nord hatte sich, je länger der Krieg dauerte, um so mehr verschärft. War doch auch die kämpfende Front keineswegs davon ganz freigestanden.

Die allgemeine Unzufriedenheit erfaßte unter diesen Verhältnissen auch den Bauern, der bekanntlich 65 Prozent des bayerischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, so überzog doch auch bei ihm allmählich der Unwille die Gunst der wirtschaftlichen Lage, und das Wort „Revolution“ war seit dem Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand.

Die deutsche Revolution des Jahres 1918 ist im wesentlichen die Folge des verlorenen Krieges, besser gesagt der erschöpften Kraft.

Die Revolution folgte dem verlorenen Krieges — damit vergleiche man die jüngst in Bayern durch den deutschnationalen Herrn Graef neu aufgelegte Geschichtslüge, daß wir im November 1918 „nicht vor dem Endsieg“ gestanden hätten, der nur durch die Revolution vereitelt worden sei! Und der bayerische Partikularist, der bayerische Bierphilister, der bayerische Bauer als Träger des revolutionären Gedankens — wie reimt sich das zu der von den Sozialisten „gemachten“ Revolution?! Gewiß sind es geschichtliche Winsewahrheiten, die in der Escherich-Broschüre stehen. Aber es ist bezeichnend für die Verlogenheit der reaktionären Propaganda, daß man diese Winsewahrheiten gegenüber der ungeheuerlichen deutschnationalen Geschichtsfälschung immer wieder hervorheben muß.

Die „Deutsche Tageszeitung“ geht auf die ihr sehr unangenehmen Feststellungen unseres Artikels „Der anständige Friede“ noch einmal ein. Da sie ihren Lesern die Hauptpunkte unterschlägt, und statt einer Wiedergabe eine Entstellung unserer Gedankengänge versucht, ist längere Auseinandersetzung zwecklos. Wir stellen nur kurz fest: Das agrarische Blatt äußert sich nicht dazu, warum derselbe Verständigungsfriede ohne Eroberungen jetzt in seinen Augen ein „anständiger Friede“ ist, während sein langjähriger Leitartikel, Graf Reventlow, von dem Verständigungsfrieden wohl hundertmal als „Hungerfrieden“ gesprochen hat.

Doch ohne es zu wissen, bringt die „Deutsche Tageszeitung“ selber die Erklärung. Sie gesteht zu, daß die alldeutsche Politik grundsätzlich auf der Lüge aufgebaut ist. Denn sie schreibt zu unserer Feststellung, daß die Alldeutschen, solange der anständige Friede möglich war, nicht diesen, sondern den Eroberungsfrieden wollten, wörtlich folgendes:

Es war unvermeidlich, daß der kämpfenden Front Ziele gezeigt wurden, selbst wenn diese letzten Endes nicht alle einlösbar waren.

Die Alldeutschen haben also das deutsche Volk systematisch betrogen und betrogen. Sie haben ihm Ziele vorgegaukelt, deren Unerfüllbarkeit sie selber ganz genau kannten und auf der Jagd nach diesen Zielen ist die Möglichkeit des anständigen Verständigungsfriedens verpaßt worden. Das ist die Tragödie des deutschen Volkes, hervorgerufen durch alldeutsche Verlogenheit.

## Noch kein Horthy-Einmarsch in Saranya.

Budapest, 19. August. (B.Z.) Da die serbischen Militärbehörden bisher keinerlei Befehl zur Räumung der laut Friedensvertrag zurückzugebenden Gebiete ausgegeben haben, stimmt der Kommandant der ungarischen Truppen, General Soos, auf Ersuchen des Bevollmächtigten der Entente-Kontrollkommission, Oberst Wosset, zu, daß die mit der Uebernahme zusammenhängenden militärischen Operationen, die heute hätten beginnen sollen, 48 Stunden verschoben sind.

Schwefelkationen so hinderlich sei, könne vor allem durch das Kino (!) behoben werden, das die Anschauungen vom englischen Leben in die breitesten Volksschichten zu tragen geeignet sei.

Der erste Film, von dem man glaubt, daß er einer solchen Aufgabe gewachsen sei, hat jetzt das Licht der Welt erblickt. Es ist „Der Bigamist“, der im letzten Winter in Riga hergestellt worden ist, und dessen Vorbereitung 50 000 Pfund Sterling verschlungen haben soll. Die englischen Zeitungen sind voll von dem Stück, das gegenwärtig in London abgerollt wird, und dessen Erfolg durch eine bereits auf amerikanische Verhältnisse zugeschnittene Reklame vorbereitet worden ist.

Ein sittenstrenges Warenhaus. In den Spuren der Landesväter der „guten alten Zeit“, die ihren Untertanen unter strengen Strafandrohungen vorgeschrieben, wie sie sich zu kleiden hätten, wandelt die Verwaltung der amerikanischen „Marshall Field-Company“, eine der größten Warenhausfirmen der Union, die schon kürzlich ihren weiblichen Angestellten, die das Haar kurz geschneitten tragen, die sofortige Entlassung angekündigt hatte.

Jetzt hat die Direktion einen neuen Ukas erlassen, der im Interesse der „Erhaltung der Sittlichkeit und Ordnung“ das Folgende verfügt: „Das Tragen von Kleidern mit kurzen Ärmeln, ausgeschnittene Hüften, kurzen Röcken und Wadenstrümpfen ist in der Arbeitszeit streng untersagt. Ebenso sind auffällige Frisuren und Kleider mit Bändern oder Spitzenbesatz zu vermeiden.“

Wie aus zahlreichen Zuschriften hervorgeht, nahmen die Angestellten besonderen Anstoß an dem Verbot, kurz geschneitten Haare zu tragen. Sie weisen darauf hin, daß Frauen ihre Haare nicht in geschnittener Weise kürzen lassen, sondern daß dies in der Hauptsache zu dem Zweck geschieht, den Kopf frisch und kühl zu erhalten, weil das der Gesundheit zuträglich ist.

Dem Münzkabinett des Kaiser-Friedrich-Museums ist ein großes Vermächtnis zugefallen, die Münzensammlung seines verstorbenen Direktors Dreßel. Es sind an 2000 zum Teil antike, vormiegend römische Münzen, Meißelmarken u. dergl. Gleichzeitig konnte das Kabinett eine größere Anzahl antiker mittelalterlicher und neuzeitlicher Münzen kaufen.

Deutsche Gewerbebau München 1922. Das rege Interesse an der Deutschen Gewerbebau und der Wille zur Mitarbeit fand einen starken Ausdruck auf der 25. Delegiertenversammlung des Verbandes Deutscher Kunstgewerbevereine, die kürzlich in Coburg stattfand. Der Delegiertenversammlung empfahl, den Vereinen dringend die vollständige Befähigung der Gewerbebau München, um in Auslande den Aufschwung der Arbeit neu zu sichern und im Inlande den Antriebe zur Vervollständigung nachhaltig zu steigern.“

Kärntners Sechs-Sprachen-Regikon (Deutsch-Englisch-Französisch-Italienisch-Spanisch-Lateinisch) ist (soeben in 4. vermehrter und verbesserter Auflage (Berlin, Hermann Dittger Verlag) erschienen. Küber dem Wörterbuch der sechs Sprachen, enthält das Buch ein sechsständiges Regikon geographischer Benennungen und Personennamen, eine Sammlung geistlicher Worte, Sentenzen u. dergl. in fünf Sprachen, sowie eine Abhandlung über Geschichte und Eigenart der fremden Sprachen nebst Verzeichnis der gebräuchlichsten Abkürzungen. (Preis: Gebunden in Halb-leinenband 55 R., in Ganzleinenband 70 R.)

## Sudermanns „Notruf“.

Theater in der Königgräber Straße.

Es ist Hermann Sudermanns aufrichtigster Wille, nicht ein Prophet für unsere Zeit zu sein, sondern eine Unte. Er gibt sich also als Anschwärzer und Dramatiker, trotzdem strauchelt seine Gerechtigkeit ein wenig. Er schließt. Er sieht mit einem Auge nur die guten Menschen unserer Lage, mit dem anderen nur die bösen. Und sein zweites, nicht unbeträchtlicher Sehfehler besteht darin, daß er überall, wo aus der alten Kriegszeit noch dreckige Uniform aufgetragen wird, nur Schulte, Großmäuler und Schieber erblickt. Wird dagegen Leutnants- oder Oberleutnantsuniform aus der wilhelminischen Zeit hinübergenommen, so schleppen die Träger des grauen Luches zum mindesten einige Ueberdosen von Edelmut mit sich. Man irrt, wenn man dem Herold dieses patriotischen Notrufes Borniertheit vorwirft. Ein Mann, der so schlaue auf der Bühne um die Politik spekuliert, die uns alle brennt, ist eher gerissen. Trotzdem wird Sudermann sagen, daß er objektiv und unparteiisch gewesen sei. Hat er nicht die Schädlichkeit der Drückerberger von 1914—1918 entlarvt? Hat er nicht die Knabenhaftigkeit des Spartakisten mit biblischer Heftigkeit gestraft? Läßt er nicht die Hoffnung auf die Zukunft der Republik aussprechen von einem Mann, der im Schauspiel die höchste Offizierschorge bekleidet?

Es handelt sich also um ein politisches Stück. Nein, es handelt sich um etwas anderes. Gleich zu Anfang wird auf der Bühne das Wort Kolportage ausgesprochen. Es handelt sich eben um Kolportage in allen Ausmaßen. Der „Notruf“ ist nichts Besseres und nichts Schlechteres als eine Kolportage-Tragödie. Sie ist bewundernswürdig durch die Geschicklichkeit des Bühnentechnikers, der drei Akte lang seine nicht gar laubere Hand auf die Brust des Zuschauers legt und ihn einschüchert, als wenn es einzige Pflicht des Dramatikers wäre, den Zuschauer vorari zu hypnotisieren, daß er atemlos und hilflos wird wie ein schwaches Hühnchen. Dann kommen noch zwei Akte in tragischer Lösung und der sonst übergeschickte Techniker der Folterkammer verlagert und langweilt schließlich. Die Leute im Parterre seelen und verlangen ohne Widerstand ihren Dichter. Sudermann bewies, daß er kein steinernes Herz hat und er hörte nicht auf, sich zu verbeugen.

Den Notruf schreiben der Oberstleutnant v. Heddingen, seine Gattin, sein Sohn und sein Adjutant. Der Chef des ehemaligen Kaiserregiments kennt nur Amt und Arbeit. Er dient der Republik so leidenschaftlich, daß er die Leidenschaft zur Gattin vergißt, die schon 5 Jahre alt sein gelitten und an stillen Abenden auch dem zur rechten Zeit eintrastenden Hausfreund, dem eleganten Heintzrieger, gehört hat. Der Adjutant lebt nur im Gemessenen, und mit Begeisterung zöge er den Resolvo gegen Spartakus, wenn seine Begeisterung nicht in Lobeslust verandelt würde durch die schlimmen Erfahrungen mit seiner

ehemaligen Krankenpflegerin, die natürlich unverhofft in die Ereignisse des Dramas eingreift. Der Leutnant will sterben; die Gattin des Obersten, die durch ihren Hausfreund enttäuscht wird, will ebenfalls sterben, und sie beschließen, den Tod zu suchen und erinnern sich an den Doppelselbstmord, den Heinrich v. Kleist und Frau Vogel begingen. Nur dient anstatt der Kugel ein neues Teufelszeug. So deutet Sudermann den Geist unserer modernen Zeit. Es kommt aber so, daß der Leutnant allein den Tod einatmet. Endlich wird die komplizierte Frau von ihrem Stiefsohn geliebt, der natürlich aus der väterlichen Zucht ins Spartakistenlager hineinstürzt und dort die Todeswunde empfängt. Auf der Bühne wird einen Akt lang Blutschande gespielt. Sudermanns letztes Stück ließ die lesbische Liebe spielen. Welche Steigerung wird sein Genie noch finden?

Herr Sternburg, Mathilde Brandt, Heinz Stieda können sich ihrer Bombenrollen mit Erfolg freuen, Herr v. Twardowski charakterisiert ungeübt und ohne daß er mehr als ein fesslendes Neuhere vertiebt. Mag Hochdorf.

„Der Neandertaler.“ Ein Leser schreibt uns: In dem Aufsatz in Nr. 33 der „Heimwelt“ wird auch über die Skelettfunde berichtet, die der Schweizer Archäologe Dr. Otto Hauser 1908 in Le Rouffier und 1909 in Combe Capelle gemacht hat. Ich möchte, unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß beide Funde sich in Berlin befinden. Lange waren sie im Museum für Völkerkunde an der Ecke der Prinz-Albrecht- und Königgräber Straße in der Sammlung aus der Steinzeit zu sehen, sind jetzt separiert und sollen in nächster Zeit in das benachbarte Museum für Kunstgewerbe übergeführt werden. Der Fund von Le Rouffier, dem Hauser ein Alter von mehr als 100 000 Jahren zuschreibt, zeigt die Reste eines Menschen von knabenhafter Figur, dessen offenhäutiger Schädel den echten Typus der Neandertalrasse aufweist. Daß schon zu seiner Zeit die Kultur Fortschritte gemacht hatte, bekunden die bei ihm gefundenen Geräte aus Feuerstein, ein Schaber und ein Faustkeil, beide einfach, aber handlich gearbeitet. Der Kopf des weit späteren Menschen von Combe Capelle mit dem ungleich ebleren Typus der Rasse von Aurignac ist mit einem Kranz von Seemuscheln umgeben und auch hier finden sich Feuersteinfabrikate.

Wenn diese kostbaren Schätze wieder zur Besichtigung ausgestellt sind, werden unsere Leser ihnen sicher die verdiente Beachtung widmen.

Englands Kampf um den amerikanischen Filmmarkt. Die englische Filmindustrie betrachtet es zurzeit als ihr Ziel, das amerikanische Kino zu erobern. Einen Begriff von der Größe dieser Aufgabe erhält man, wenn die englischen Blätter berichten, daß den 3000 Lichtbildtheatern des Vereinigten Königreichs mehr als 22 000 in der Union gegenüberstehen.

Neben den geschäftlichen Gesichtspunkten wird auch der ideale Zweck dabei in den Vordergrund gehoben; die ungeheure Unwissenheit der Amerikaner über englische Verhältnisse, die der englisch-amerikanischen Freundschaft und dem gegenseitigen Verständnis der beiden



## Um die letzten Kriegsgefangenen.

Berlin, 19. August. (B.Z.) Im Auswärtigen Amt fand am 17. August auf Veranlassung des Reichsanzalters unter Hinzuziehung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene eine Sitzung statt, in der mit Vertretern der Kriegsgefangenenorganisationen verschiedene, die Heimkehr der noch immer nicht in die Heimat zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen betreffende Fragen besprochen wurden. Die Aussprache erstreckte sich insbesondere auf die Heimkehr der in Ost- und Westeuropa befindlichen Gefangenen sowie auf die in Kolonien zurückgebliebenen Kriegsgefangenen. Hierbei wurde an der Hand der neuesten Nachrichten, welche die teilweise Freilassung der Kewignon-Gefangenen melden, auch die Frage der weiteren Haltung der Organisationen und der mit den Kriegsgefangenen befassten amtlichen Stellen in dieser anscheinend zunächst auf gutem Wege befindlichen Angelegenheit erörtert. An der Sitzung nahmen von Seiten der Kriegsgefangenenorganisationen teil: Barzanti vom Bundesvorstand der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener, Frau von Kunowski und Pfarrer Siems von der Ortsgruppe Charlottenburg der Kriegsgefangenenheimkehr, Professor Kessel und Heinrich Cohn vom Vorstand der Vereinigung von Familien deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in Breslau und Rektor Blach aus Barmen, 1. Vorsitzender des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Ortsgruppe Barmen.

## Groß-Berlin

### Boxkämpfe.

Da der „Vormärts“ nur über einen einzigen Berichterstatter für den Faustkampf- und Ringkampf verfügt, so können wir über die wichtigen Veranstaltungen des gestrigen Tages, die zeitlich zum Teil zusammenfielen, unsern Lesern leider nur einen lückenhaften Bericht geben.

Im Vordergrund des Interesses standen die Boxkämpfe im Berliner Rathaus, die von Dr. Weyl musterhaft arrangiert und mit der bekannten virtuosen und umfichtigen Gewandtheit geleitet wurden. Der deutschnationalen Schwergewichtsbeger Kimbel (165 Pfund) und der Kommunist Goldbach (153 Pfund) von derselben Klasse eröffneten das Programm. Beide von hervorragenden physischen Qualitäten und vortrefflich in der Form. Namentlich bei Kimbel fiel es angenehm auf, daß er die bei den deutschnationalen Meistern häufig südenen Fettablagerungen in den Bauch- und Gesäßteilen durch ein energisches Training überwunden hatte. Nachdem Kimbel dreimal zu Boden gegangen war, beendete Goldbach den Kampf in der fünften Runde siegreich durch Brustschlag. Weniger interessant gestaltete sich der Kampf Fabian-Rantowski, der in technischer Beziehung einseitig verließ, da eine vollkommene kommunalpolitisch-sportliche Durchbildung der beiden Kämpfer nicht festgestellt werden konnte. Einige prächtige Kopfschläge, die der Kommunist seinem deutschnationalen Gegner verholte, blieben dank der phänomenalen Schädelhärte Fabians wirkungslos. Erst als die empfindlichste Stelle aller nationalistischen Kämpfer, der Kiefer, durch einen sicheren Schlag von Rantowskis Faust getroffen wurde, entschied sich das Ringen zugunsten des kommunistischen Bogers.

Ueber die weiteren Nummern des Rathaus-Programms kann ich leider nicht berichten, da es inzwischen höchste Zeit geworden war, in den Flora-Garten (Kantstraße 9) zu eilen, wo der Kanadier Harold Koff gegen den deutschen Schwergewichtsmeister Hans Breitensträter boxte. Beide waren einander ziemlich ebenbürtig und so gestaltete sich der Kampf ungemein spannend. Als Koff in der 10. Runde völlig erschöpft und blutend zusammengebrochen war, bedauerte wohl keiner der zu Tausenden versammelten Freunde dieses edlen Sports, das ungewöhnlich hohe Eintrittsgeld (bis 100 M. für bessere Plätze) gezahlt zu haben.

Im Interesse einer lückenlosen Berichterstattung ist es aber dringend zu wünschen, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung in Zukunft ihre Sitzungen zeitlich so anberaumt, daß sie nicht mit anderen wichtigen sportlichen Veranstaltungen kollidieren.

Schloß.

### Und das will im Rathaus regieren!

Ueber die Keilerei in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, bei der ein Kommunist auf einen Deutschnationalen einließ, bringen die Blätter der rechtsstehenden Parteien entrüstete Berichterstattungen. Man muß ihnen darin zustimmen, daß durch solche widerwärtigen Ausfälle das Stadtparlament geschändet wird. Aber wir bitten, hierbei doch nicht zu übersehen, daß auch den Redner der Deutschnationalen ein nicht geringer Teil der Schuld trifft. Was er über die Kommunistenwirtschaft in Russland sagte, ist im weitestlichen richtig. Nur lag kein triftiger Grund vor, den Kommunisten des Berliner Rathauses in der Beratung über den Beitrag zum Oberschlesien-Hilfswerk diese Anwürfe ins Gesicht zu schleudern.

Wenn der deutschnationalen Redner von seiner Fraktion ausdrücklich beauftragt worden wäre, einen Skandal zu provozieren, so hätte er die Sache nicht geschickter anfangen können. Daß auf solche Provokationen die Kommunisten immer hereinfallen werden, steht ja im voraus fest; denn bei ihren Schreibern ist leider das Rundwerk sehr viel kräftiger entwickelt als das Hirn. Mit Skandalen, die zu einem vorzeitigen Schluß der Sitzung zwingen, werden nur die Geschäfte der rechtsstehenden Fraktionen besorgt. Demen ist es offensichtlich darum zu tun, die „einseitige“ Stadtverordnetenversammlung möglichst nicht mehr zu einer rechten Arbeit kommen zu lassen, was übrigens auch in der „ordentlichen“ Stadtverordnetenversammlung ihr Wunsch war.

In diesem Punkt berühren die Deutschnationalen und Konfessionen sich mit den Kommunisten, die ja stets bemüht waren, die Arbeit des Stadtparlaments zu erschweren oder ganz zu verhindern. Wenn die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen so ausfallen, wie die Gegner der Sozialdemokratie auf der rechten und auf der linken Seite es sich denken, dann gäbe es in dem neuen Stadtparlament hauptsächlich die Deutschen und Deutschvolksparteiler auf der rechten und die Kommunisten auf der linken. Man stelle sich vor, welche „Arbeit“ dann in der Berliner Stadtverwaltung geleistet würde! Im Rathaus würde man dann wohl jeden Donnerstag den Genuß einer Keilerei haben können.

Gemeindevähler, laßt Euch das zur Warnung dienen! Stimmt am 16. Oktober bei den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen nur für die Listen der Sozialdemokratie! Sie allein ist bereit zu ernster Arbeit am Aufbau des neuen Berliner Gemeinwesens.

### Der Frauenmord in der Potsdamer Straße.

Die Inhaberin eines Manikuresalons erdrosselt aufgefunden. Keine Spur des Täters.

Ein neues Verbrechen rief, wie bereits im heutigen Morgenblatt berichtet, gestern Abend die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei nach dem Grundstück Potsdamer Straße 100, wo die dort im ersten Stockwerk alleinwohnende Krankenpflegerin Minna Meiners erdrosselt, an Händen und Füßen gefesselt und wie aus dem großen Durcheinander in den Zimmern zu schließen ist, beraubt aufgefunden wurde. Ueber dieses neue Verbrechen, das nach seiner Entdeckung eine große Menschenansammlung in der Potsdamer Straße hervorrief, erfahren wir folgende Einzelheiten:

# Russische Hungersnot und Hilfsaktion.

Ueber das Moskauer Hilfskomitee berichtete in einem Vortrage Herr Birjukow, Mitglied des allrussischen Hilfskomitees, der Moskau erst am 4. August verlassen hat. Die Initiative der privaten Hilfsaktion ging nicht von der Sowjetregierung, sondern von nichtsozialistischen Politikern aus, die aufgeregt durch erschütternde Berichte aus den Hungergebieten, sich an leitende Männer der Sowjetregierung wandten mit dem Vorschlag, ihnen die Möglichkeit (!) zu geben, ein Hilfswerk ins Leben zu rufen. Die Sowjetregierung willigte ein, und so kam die private Organisation zustande. Die Organisation ist vollständig unpolitisch und verfolgt lediglich humanitäre Zwecke. Die Sowjetregierung hat sich das Recht vorbehalten, den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu ernennen, so daß das Präsidium aus zwei Bolschewiki und drei Nichtbolschewiki zusammengesetzt ist. Die Entsendung einer Auslandsdelegation wurde beschlossen. Herr Birjukow zeichnete sich auf Schilderungen von Augenzeugen fühlend, ein Bild des Elends in den Notstandsgebieten. Die Sterblichkeit infolge von Seuchen, insbesondere aber infolge von Vergiftungserscheinungen, Sturbin u. dgl., ist ungeheuer groß. Besonders leiden unter der Hungersnot die deutschen Kolonisten und die uralische Bevölkerung der mittleren Wolga.

In einem zweiten Vortrage sprach Professor Dr. E. Frankfurt über die Dimensionen der Hungersnot, der lebenden Bevölkerung, Schätzungen, die beweisen, daß man es in Russland mit einer unbeschreiblichen,

### nie dagewesenen Katastrophe

zu tun hat. Das von der Winterernte betroffene Gebiet wird auf 700 000 Quadratkilometer geschätzt. Es dehnt sich vom Kaspischen Meer bis zum Nordsee, zieht sich nach dem Norden, der Wolga entlang, in einer Breite von ungefähr 1000 Kilometer auf der östlichen und 500 Kilometer auf der westlichen Seite, überschreitet bei Kasan den Fluß und reicht im Norden bis Wjatka und Perm. Auf diesem Territorium, das ungefähr einhalbmal so groß ist als Deutschland, wohnen 21 Millionen Menschen; die landwirtschaftlich bestellte Fläche beträgt ungefähr 23 Millionen Hektar. Diese Fläche lieferte vor der Revolution normal 1 Milliarde Pud Getreide, in diesem Jahre wird die Ernte etwa auf 150 Millionen Pud geschätzt, was nicht einmal für die Saat ausreicht, wenn man auch davon abzieht, daß bei einer solchen Winterernte das Korn sich überhaupt für Aussaat nicht eignet. Dieses Territorium hatte in den letzten vier Jahren die ganze Last der Versorgung von Zentralrussland und seines industriellen Gebietes zu tragen, kürzte etwa um 40 Proz. seine Anbaufläche, überstand schon im vorigen Jahre eine starke Winterernte, so daß es jetzt

### vollständig erschöpft

ist und keine Vorräte hat. Getreidezufuhr aus anderen Gebieten Russlands kann nur in ganz geringem Maße stattfinden. Ebenso fehlen alle anderen Gebrauchsgegenstände und Medikamente.

Bis jetzt übernahm die Sowjetregierung die Versorgung der Stadtbevölkerung, der Fabrik-, Transport- und Bergarbeiter usw. Die Aufbringung der Nahrungsmittel geschah bis jetzt durch Zwangsumlage, wobei unter Kollektivverantwortung der Bauernschaft sämtliche Ueberschüsse an Lebensmitteln abzuliefern waren. Dieses Verfahren führte zu schweren Mißständen, nährte die Unzufriedenheit der Bauern, war auch teilweise die Ursache des

### Rückganges der Anbaufläche.

so daß die Sowjetregierung zum System der personalen Naturalsteuer überging, wobei den Bauern das Verfügungsrecht über ihre Ueberschüsse überlassen wurde. Damit sie diese Ueberschüsse abgeben konnten, ist auch der freie Handel zugelassen worden. So wird es der Sowjetregierung möglich, einen Teil des Bedarfs durch

In dem im alten Westen, zwischen Bülow- und der Kurfürststraße gelegenen Hause Potsdamer Straße 100 hatte die 56 Jahre alte frühere Krankenpflegerin Minna Meiners im ersten Stockwerk eine aus vier Zimmern und Küche bestehende Wohnung. In dieser ging es, wie Eingeweihte wußten, besonders am Tage sehr lebhaft zu. Fräulein Meiners unterhielt einen sogenannten Kaffeealon, der in Wirklichkeit aber nur das Aushängeschild für allerlei verbotene und schmutzige Geschäfte war, die das alte Fräulein betrieb. Als „Wissentinnen“ standen ihr ständig eine ganze Anzahl junger Mädchen zur Seite, denen der starke Herrenbesuch galt. Die Ermordete unterhielt nicht nur ein

### Absteigequartier.

das ihr viel Geld eingebracht haben muß, sondern sie beteiligte sich auch an allen anderen dunklen Geschäften. Von den beiden Vorderzimmern hatte sie eins an einen früheren Oberleutnant vermietet. Als dieser am Dienstag Abend Einlaß begehrte, wurde ihm nicht geöffnet. Auch am nächsten Tage, Mittwoch, vergeblich er vergeblich Einlaß zu bekommen. Abends um 7 Uhr ging er endlich zur Wache des 22. Reviers und teilte diejenige seine auffälligen Wahrnehmungen mit. Nummer ging ein Beamter mit dem Unterleiter nach dem Hause Potsdamer Straße 100 und stieg mit einer Leiter vom Hof aus durch ein offenes Fenster in die Wohnung ein. Das Zimmer am Hofe bildete ein einziges großes Durcheinander. Im Vorderzimmer aber lag

### Fräulein Meiners als Leiche auf dem Rücken.

den Kopf in einer großen Blutlache. Hände und Füße waren mit einem Lederriemens festgeschnallt. Das Haar war vollständig zerzaust, das Gesicht völlig mit geronnenem Blut bedeckt. Die nur mit Unterleib und einem Mantel bekleidete Leiche war schon blau angeläuft und ließ erkennen, daß sich das Verbrechen schon vor einigen Tagen abgespielt haben muß. In diesem Vorderzimmer hat auch der Kampf des Mörders mit seinem Opfer stattgefunden. Einige Schritte von der Leiche entfernt lag das zertrümmerte Gebleib der Toten, Haarnadeln lagen im Zimmer verstreut umher. Nach dieser graußigen Entdeckung wurde vom Reiter sogleich die Kriminalpolizei benachrichtigt.

Am Tatort erschien daraufhin die Nordkommission. Mehrere Verletzungen wurden an der Leiche nicht vorgefunden. Der Tod ist offenbar durch Erdrosseln erfolgt, da sich an der Kehle deutlich Würgemare und auch Nagelindrücke zeigten. Der Blutverlust ist wahrscheinlich durch Verletzungen im Munde und durch Nasenbluten entstanden. Die Kommissare nahmen den Tatbestand auf und verhöreten noch in der Nacht mehrere Zeugen, die über ihre Wahrnehmungen in der Wohnung der Ermordeten ausfragten. Über die Vorgänge in der Meiners'schen Wohnung, über das Verbrechen oder die mutmaßlichen Täter irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird dringend erlucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Kunze und Dr. Schuppe im Berliner Polizeipräsidium zu melden. Für derartige Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Aufklärung des Kapitalverbrechens dienen können, ist eine Belohnung von 5 000 M. ausgesetzt.

### Baradeneub.

In der Bezirksversammlung des 15. Verwaltungsbereichs wurde eine vom Stadtrat Kühner (SPD.) begründete Vorlage auf Nachbewilligung von 6000 M. für den Kinderhort Johannisthal angenommen. Eine Verfügung des Kultusministers vom 21. Juli forderte eine andere Bestimmung des Schulausschusses. Genosse Dr. Lohmann protestierte gegen diese staatliche Bevormundung, die die Selbstverwaltung aufhebe.

Ueber die Mißstände in den Stellungen- und Holzhäusern in Adlershof und Johannisthal, in denen zahlreiche Flüchtlinge untergebracht sind, entstand eine größere Aussprache. Zur Instandsetzung dieser Holzhäuser, die bei der Eingemeindung von dem früheren Zweckerband übernommen werden mußten, fordert das Bezirksamt 550 000 M., während augenblicklich nur 100 000 M. zur Verfügung stehen. Die Häuser der Holzhäuser müssen erneuert werden, die Wände sind so durchlässig, daß

Barenaustausch oder freien Ankauf zu decken, weshalb die Höhe der durch die Steuer einzubringenden Getreidemenge im Verhältnis zur Umlagemenge herabgesetzt wurde.

Die Sowjetregierung sucht nun durch verschiedene Maßnahmen ihren Bedarf an Lebensmitteln zu kürzen; so sind bis jetzt über

### 40 Proz. der Lebensmittelempfänger von den Listen gestrichen,

ganze Reihen von Fabriken wurden geschlossen, die Rote Armee in den Gebieten verteilt, die von der Winterernte nicht betroffen sind. Dennoch bleibt der Bedarf noch enorm.

### Der Hungertod droht also auch der Stadtbevölkerung und den Arbeitern des gesamten Russlands.

Damit ist das Stöcken der Arbeit in den Bergwerken, Fehlen von Heizmaterial, Versagen des Transports, Stillstehen der Fabriken verbunden.

In dieser Not haben wir nicht eine vorübergehende Erscheinung, sondern einen tiefeingreifenden und dauernden Prozeß. Wenn also Russland gerettet werden soll, so muß die Hilfe von auswärts so schnell und so energisch als möglich eingreifen. Die unerschöpflichen Naturreichtümer Russlands, verbunden mit der Arbeit seiner begabten, fleißigen, arbeitsfreudigen Bevölkerung, mit Hilfe der organisatorischen Leitung der vorgeschrittenen Länder, können enorme Werte erzeugen, an deren Mangel die Welt jetzt leidet, aber auch riesige Arbeitsmöglichkeiten für die übrige Welt schaffen, an denen es ihr jetzt auch so not tut.

Zum Schluß sprach Chefredakteur Glanz von der „Osteuropäischen Wirtschaftszeitung“ über die

### Bedingungen und Grundlagen einer Hilfsaktion des Auslandes.

Die erste Voraussetzung dafür ist die Abgabe an alle politischen Aspirationen. Es darf nicht im entferntesten der Eindruck erweckt werden, daß mit der Hilfeleistung auch nur irgendeine geartete politische Pläne verfolgt oder beabsichtigt werden. Das Hilfswerk kann durch Verquickung mit der Politik nicht nur gefährdet, sondern in Frage gestellt werden. Das Ausland kann seine Hilfe am besten dadurch wirksam gestalten, daß es sie selbst in die Hand nimmt. Die ausländischen Regierungen, die Rote-Kreuz-Organisationen haben dann die Möglichkeit, von der Sowjetregierung mit Nachdruck zu verlangen, daß ihnen die notwendigen Garantien einer richtigen Verwendung der Spenden, Reduktionen usw. gegeben würden. Das Ausland, das den innerpolitischen Konflikten in Russland fernbleiben muß, kann in den Notstandsgebieten diejenigen Organisationen entsenden, die das größte Ergebnis zeitigen müssen.

Die Hilfsorganisation darf sich nicht auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Medikamenten allein beschränken, sie muß vielmehr und vor allem darauf bedacht sein, weitergehende Vorkehrungen zu treffen. Fürs erste kommt hier die Schaffung eines

### zuverlässig wirkenden Hilfsapparates in den Notstandsgebieten

in Frage, und zum zweiten muß der Frage der Beförderung der Lebensmittel, Materialien und des Personals innerhalb Russlands selbst besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Deutschland hat dankenswerterweise in der Hilfsaktion für Russland die Initiative ergriffen. Deutschland kann keine Lebensmittel senden, indessen ist kaum ein zweites Land so in der Lage, Russland durch Medikamente, Sanitätsmaterial und insbesondere durch mit Land und Leuten auf das genaueste vertraute Organisationskräfte zu helfen. Gewaltige finanzielle Mittel sind erforderlich. Sie müssen aufgebracht werden im Interesse nicht nur Russlands, sondern der Befriedung der Weltwirtschaft!

Die Räume nicht erwärmt werden können. Die Häuser sind in ihrem jetzigen Zustande für dauerndes Wohnen ungeeignet. Von kommunistischer Seite wurde angefragt, die Häuser abzubauen und den Flüchtlingen Wohnungen in den leerstehenden Palästen anzuschaffen. Genosse Dr. Lohmann erwiderte, das Abbauen würde ein sehr ungeeignetes Mittel sein, denn die Flüchtlinge wären alsdann ohne jede Unterkunft, und die Millionen, die für den Umbau der Paläste nötig wären, können viel besser zum Bauen von neuen Häusern verwendet werden. Alsdann würde etwas Vernünftiges geschaffen sein, während in den Palästen sich niemand wohl fühlen würde. Wir haben an diesen Baracken ein Beispiel, wie die frühere Militärverwaltung, die sie bauen ließ, von den Heereslieferanten über Ohr gehauen wurde. Die Sabotage der bürgerlichen Parteien gegen Groß-Berlin hat dazu geführt, daß niemand wußte, wer für die Instandsetzung der Häuser zuständig war, so daß der Magistrat Berlin nicht früher einreisen konnte. Nun wird versucht, wider besseres Wissen die Schuld der früheren sozialistischen Gemeinde Adlershof bzw. dem sozialistischen Bezirksamt aufzubürden. Man weiß natürlich sehr gut, daß die Gemeinde nicht den geringsten Einfluß auf den Bau der Baracken gehabt hat und daß dem bauausführenden Bauverein kein Sozialist angehört. Das Bezirksamt widerspricht der kommunistischen Behauptung, daß der Mieterstreik die Angelegenheit beschleunigt habe. Der Streik ist lediglich wegen der Person des Verwalters geführt worden. Die Artikel in bürgerlichen Blättern sind irreführend und nur dazu geeignet, die wirkliche Schuld in den Hintergrund treten zu lassen.

Der Aufhebung des Ortsgesetzes, nach welchem die Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe von Gastwirtschaften usw. vom Ratshaus eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig ist, wurde zugestimmt. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß die Ansprüche der Verletzten aus den Märzunruhen von 1919 dem zuständigen Ausschuss in Friedenau übergeben sind, der dem Polizeipräsidenten untersteht, und auf den das Bezirksamt keinen Einfluß hat.

### Verkehrsförderung auf der Jossener Strecke.

Eine Verkehrsförderung trat heute im Frühverkehr auf der Jossener Vorortstrecke ein, die den Vorortverkehr bis in die achte Morgenstunde lahmlegte. Gestern Nacht entlasteten in der Nähe der Station Rangsdorf von einem Güterzuge einige Wagen, wodurch das Hauptgleis auf der Strecke Berlin-Jossen gesperrt wurde. Die nachfolgenden Güterzüge in der gleichen Richtung wurden über das noch freie Gleis umgeleitet. Auf einer der Weichen entgleisten jedoch weitere Wagen eines anderen Güterzuges, wodurch auch das zweite Gleis Jossen-Berlin gesperrt wurde. Die Arbeiten zur Eingeleitung der verunfallten Wagen zogen sich bis in die Morgenstunden hin. Das eine Gleis konnte um 6 Uhr morgens wieder in Betrieb genommen werden, während das andere Gleis um 8 Uhr vormittags freigemacht werden konnte. Infolge der Entgleisungen konnte der Vorortverkehr nur mit starken Verzögerungen ausrechterhalten werden. Es traten Verspätungen bis zu einer Stunde ein, die im Laufe des Vormittags ausgeglichen werden konnten. Personen sind bei den Unfällen nicht zu Schaden gekommen; der Materialschaden ist nicht erheblich.

Strafanzeigen gegen die Schwindelkonzerne. Mit den verkrachten Mittkonzernen beschäftigen sich auch die Strafbehörden. Es war sehr auffallend, daß von allen denen, die durch diese Konzerne ihr Geld verloren haben, sich niemand fand, der gegen die Unternehmer und Leiter Strafanzeigen erstattet hätte. Die Leute nahmen wohl deshalb davon Abstand, weil sie glauben mußten, ohne Anzeiger noch etwas von ihren Einlagen retten zu können. Jetzt werden sie sich wohl überzeugt haben, daß diese Aussicht sehr trübe ist, und daß die Konzerne in ihrer ganzen Grundlagede auf Schwindel beruhten und über kurz oder lang zusammenbrechen mußten. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich bei der hiesigen Kriminalpolizei endlich eine ganze Reihe von Leuten aus Berlin und auch von außerhalb gemeldet, die sich durch die verkrachten Konzerne betrogen fühlen. Die Kriminalpolizei hat das ganze Material bereits der Staatsanwaltschaft III eingereicht.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wo kann man wählen?

Eine Ausnahme von der Regel, daß man nur im Wahlbezirk seiner Wohnung wählen kann, bilden die Kaufmanns- und Gewerkschaftswahlen. Für diese Wahlen werden keine Wählerlisten angelegt. Der in Arbeit stehende Wähler läßt sich von seinem Arbeitgeber oder seiner Betriebsleitung die Liste der Wahlberechtigten, während der arbeitslose Arbeiter sich von dem für seinen Wohnbezirk zuständigen Polizeibehörde eine entsprechende Bescheinigung geben läßt, die ihn zur Stimmabgabe bei der Wahl berechtigt. Im Wahlbureau des Magistrats, Berlin O 2, Stralauer Straße 44/45, Zimmer 9 sind Vorbrüche zu haben, für die von der Polizeibehörde auszustellende Wahlbescheinigung.

Die in Arbeit stehenden Wähler können entweder im Wahllokal für den Bezirk ihrer Arbeitsstelle wählen oder im Wahllokal ihres Wohnbezirks. In der Regel wird man in seinem Wohnbezirk wählen.

## Angestellte und Kaufmannsgerichtswahlen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat an seine Getreuen ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben gerichtet, das seine strategischen Pläne für die von ihm zu heute abend einberufene Versammlung im Veddervereinshaus enthält. Es handelt sich um eine förmliche Organisation des Kaufmannsgerichts aller gegnerischen Angestellten aus dieser „öffentlichen“ Kollisionsammlung, die zu 7 Uhr einberufen ist, um 3 1/2 Uhr aber schon von den Deutschnationalen besetzt wird.

Die Stellungnahme aller vernünftig denkenden Angestellten dieser Branche gegenüber, ergibt sich von selbst: Wir lassen die Heiden unter sich, meiden diese Versammlung und geben den „deutschen“ Heiden die gebührende Antwort am 28. August, indem wir die Liste des Zentralverbandes der Angestellten wählen.

## Fort mit dem Trinkgeld!

Es ist kollegialische Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtschaften in ihrem Kampfe um eine ausreichende, feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an anderen, über besserer Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, daß jedem kaufmännischen Gebaren widerspricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft die Gastwirtschaften als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr sofort die Befreiung der Trinkgeldentlohnung mit erreichen helft und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, gez. P. Graßmann.  
Deutscher Gewerkschaftsbund, gez. Prof. Dr. G. H. H. H.  
Gewerkschaft der deutsch. Arbeiter, Angestellten u. Beamtenverbände, gez. Gustav Harmann.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund, gez. E. Aufhäuser.

## Lohnregelung im Papier- und Pappen-Großhandel.

Eine stark besuchte Versammlung der im Papier- und Pappengroßhandel beschäftigten Transportarbeiter nahm am Mittwoch den Bericht der am 11. August 1921 stattgefundenen Verhandlung mit

den Arbeitgebern entgegen. Die Versammelten wurden äußerst erregt, als Podubrin die Zustände der Arbeitgeber bekanntgab. In der Diskussion wurde von fast allen Rednern gefordert, daß die Zugeständnisse als zu gering abgelehnt werden und dem Arbeitgeberverband und dem Verein Berliner Papierhändler sofort ein Ultimatum überreicht werden solle, nach dessen Erfolglosigkeit sofort der Streik beginnen müßte. Ganz besonders aber verurteilten alle Redner das Verhalten der Arbeitgeber im „Verein Berliner Papierhändler“, die sich unter Führung des Herrn Rensch an dieser Verhandlung nicht beteiligten, sondern den Schlichtungsausschuß anriefen. Als Antwort hierauf sei bei diesen „sozialen“ Arbeitgebern sofort die Arbeit niederzulegen, um ihnen zu zeigen, daß ihre Arbeitnehmer nicht gewillt sind, sich als Varias behandeln zu lassen. Die Abstimmung ergab gegen wenige Stimmen die Ablehnung des Angebots und es bedurfte der ganzen Beredsamkeit des Sektionsleiters Wöller, die Versammelten zu überzeugen, daß im gegebenen Augenblicke aus rein sachlichen Gründen nicht zum letzten Mittel gegriffen werden dürfe, um die Kampfkraft der Gruppe nicht vorzeitig zu verbrauchen.

Die erneut einsetzende Diskussion bewegte sich im Rahmen des vorgeschlagenen Weges und erkannte an, daß der von Wöller gezeigte Weg der richtige ist. Eine nochmals vorgenommene Abstimmung sprach sich gegen eine starke Minderheit für die Annahme des Ergebnisses aus, beauftragte aber zugleich die Gruppenleitung in Hinsicht auf die bestehende Teuerung, deren Grenze noch nicht abzusehen sei, alles zu tun, um nach Ablauf der Abmachungen den Kampf mit aller Schärfe auszuführen.

Die folgenden Löhne müssen rückwirkend ab 15. Juli gezahlt werden: Anfangslohn für Ledige über 20 Jahre 240 M., nach halbjähriger Tätigkeit 250 M., nach einjähriger Tätigkeit 260 M.; Verheiratete ohne Kinder 255 M., nach halbjähriger Tätigkeit 265 M., nach einjähriger Tätigkeit 275 M.; Verheiratete mit Kindern 265 M., nach halbjähriger Tätigkeit 275 M., nach einjähriger Tätigkeit 285 M. Kautschuk erhalten 10 M. mehr. Weibliche über 20 Jahre 190 M., nach halbjähriger Tätigkeit 165 M., nach einjähriger Tätigkeit 170 M. Jugendliche von 14—16 Jahren 80 M., von 16—18 Jahren 115 M. und von 16—18 Jahren 175 M.

Die Bezahlung für das Füttern der Pferde an den Sonntagen unterliegt der freien Vereinbarung.

## Zigarettenindustrie!

Heute nachmittag 4 1/2 Uhr öffentliche Versammlung aller in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter in den Germania-Sälen, Chausseestraße. Die Versammlung ist einberufen vom Transportarbeiterverband, Metallarbeiterverband und Buchbinderverband. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Auseinandersetzung in der Zigarettenindustrie.

## Die Lohnbewegung der Maler.

Die außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher, die am Donnerstag in den Musterstätten tagte, beschäftigte sich mit der Lohnbewegung. Böher referierte darüber. Das im Reichstareif größere Lohnabkommen läuft am 1. September ab. Es sind Forderungen auf Lohnserhöhung eingereicht. Sie wurden zunächst auf 15 Proz. bemessen, wobei aber die Preissteigerung und das damit zusammenhängende Ansteigen weiterer Lebensmittelpreise noch nicht berücksichtigt waren. Im Hinblick darauf sind die Forderungen nunmehr auf Zulagen von 30 bis 40 Proz. erhöht worden. Für Berlin wurde erst ein Stundenlohn von 9 M. gefordert. Diese Forderung ist auf 10 M. erhöht

worden. Die Verhandlungen im Bezirk 1, wozu Berlin und die Provinz Brandenburg, sowie Teile von Pommern und Westpreußen gehören, sind resultatlos geblieben. Die Arbeitgeber boten nur 5 Proz. und die Berliner Unternehmergruppe wollte anfänglich überhaupt nichts zugestehen. Von den erhöhten Forderungen wollten die Unternehmer erst recht nichts wissen. Da sich die bezirklichen Verhandlungen zerfallen haben, werden am kommenden Mittwoch beim Reichsarbeitsministerium die zentralen Verhandlungen im Haupttarifamt eröffnet. Sie sollen entscheiden, in welcher Höhe und für welche Dauer das neue Lohnabkommen getroffen werden soll. Die Berechtigung der Forderungen begründete Redner in treffenden Ausführungen.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde das Angebot der Unternehmer als Verhöhnung der Arbeiterschaft bezeichnet. Alle Redner verlangten die energische Vertretung der aufgestellten Forderungen, die nur einen billigen Ausgleich für die schlimme wirtschaftliche Lage der Kollegen darstelle.

Böher konnte im Schlußwort die völlige Uebereinstimmung zwischen Kollegen und Ortsverwaltung feststellen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen mit dem Auftrage für die Organisationsleiter, bei den Verhandlungen folgende Forderungen zu erheben: 40 Proz. Lohnserhöhung mit Rückwirkung ab 1. Juli; erneute Regelung der Fahrgefrage; Erledigung der Ferienfrage. Das Lohnabkommen darf 4 Wochen nicht überleben.

Jeder Versuch der Unternehmer zur Ablehnung oder Kürzung der gestellten Forderungen löst bei den Gehilfen auf den energischsten Widerstand. Mit allen Mitteln wird die Erfüllung dieser Forderungen erkämpft werden.

Es wurden dann noch Filialangelegenheiten erledigt.

## Die Streikwelle in Mitteldeutschland.

In einer großen Versammlung der halleischen Metallarbeiter wurde am Donnerstag abend beschlossen, die Angebote der Arbeitgeber in der Lohnfrage abzulehnen. Am heutigen Freitag soll in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streik vorgenommen werden, der beim Vorhandensein einer Dreiviertelmehrheit am Sonnabend beginnen soll. Auch in Merseburg und Weißenfels haben die Metallarbeiter die Angebote der Industriellen abgelehnt. Auch die städtischen Arbeiter in Halle sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben bei dem Magistrat neue Lohnforderungen eingereicht.

## Die Leipziger Messbauern durch Streik gefährdet.

Den schon seit mehreren Tagen streikenden Arbeitern der Glasindustrie und des Holzgewerbes in Leipzig haben sich am Donnerstag früh auch die Elektromonteur angegeschlossen. Dadurch ist die rechtzeitige Fertigstellung der Messbauern für die am 28. August beginnende Herbstmustermesse in Frage gestellt. Bekanntlich stehen seit mehr als einer Woche auch die Arbeiter der Leipziger Asphalt- und Dachpappenindustrie im Streik.

## Wofür die englischen Bergarbeiter kämpfen müssen.

Der Bergarbeiterkongress hat eine Entschliessung angenommen, worin jährlich zwei Wochen Ferien mit Lohnzahlung gefordert werden. Ferner sollen die Bergwerksbesitzer gezwungen werden, an den Schächten auf ihre Kosten Badeeinrichtungen zu bauen.

Verantw. für den rebalt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Angelegenheiten: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Friedrich-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Berlin-Anstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Gindertstr. 2.

Beachten Sie bitte unsere Schaufensterauslagen

# Großer Strumpfwaren-Verkauf zu enorm billigen Preisen

Beachten Sie bitte unsere Schaufensterauslagen

**Damen-Strümpfe** lang, schwarz, weiß und lederfarbig ..... 4<sup>90</sup>  
**Damen-Strümpfe** schwarz, Fuß ohne Naht .. 5<sup>75</sup>  
**Damen-Strümpfe** extra lang, schwarz, weiß, lederfarbig ..... 6<sup>75</sup>  
**Damen-Strümpfe** extra lang, schwarz, prima Qualität ..... 7<sup>50</sup>

**Frauen-Strümpfe** deutsche Länge, schwarz, gestrikt ..... 6<sup>75</sup>  
**Damen-Strümpfe** extra lang, besonders schwere Qualität ..... 10<sup>50</sup>  
**Damen-Strümpfe** Mussolin, feine Farben .... 9<sup>75</sup>  
**Damen-Strümpfe** Seldendor, schwarz, weiß, lederfarbig ..... 12<sup>50</sup>

**Damen-Strümpfe** Kunstseide, schwarz, weiß, lederfarbig ..... 15<sup>50</sup>  
**Kinder-Strümpfe** Baumwolle, gutes Grösse 8-6 ..... 9<sup>50</sup>  
**Kinder-Strümpfe** Fabrikat, Gr. 7-10 ..... 7<sup>50</sup>  
**Kinder-Strümpfe** wollgem., Fuss o. Naht, Gr. 8-11 ..... 10<sup>50</sup>  
**Kindersöckchen** mit bunten Bändern, Grösse 1-10 ..... durchweg 2<sup>50</sup>

Ein Teil obiger Waren haben kleine Webfehler

**Herren-Socken** stark gestrikt, Fuss ohne Naht ..... 4<sup>75</sup>  
**Herren-Socken** makofarbig, Fuss ohne Naht ..... 5<sup>75</sup>  
**Schweiss-Socken** stark wollhaltig, Fuss ohne Naht ..... 5<sup>75</sup>

**Schweiss-Socken** ca. 50% Wollgehalt ..... 7<sup>75</sup>  
**Herren-Socken** viele moderne Farben, ohne Naht ..... 6<sup>75</sup>  
**Herren-Socken** moderne Langstreifen ..... 9<sup>75</sup>

# H. Joseph & Co. Neukölln, Berliner Str. 51/55

**Möbel**  
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei  
**Neugebauer**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I, E. Schillerstr. Kein Laden

**Max**  
Prenzlauer, Berlin Norden, Reinickendorfer Str. 117, die altbekannte Möbel-firma kann von sich sagen:  
**du hast**  
in mehr als 30-jährigem Bestehen im Norden

**Korsette**  
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt  
**Korsett-Fabrik Richard Necke**  
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83  
2. Geschäft: B-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 96  
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23  
Ecke Alte Jakobstraße 124 Bx

**Alte Hütte**  
Waschmaschinen und Hobelmaschinen von Damen- und Herrenhüten, Vorzüge u. billige Ausführung.  
Im-  
professor **Herm. Fuchs**  
Berlin O 112,  
Friedrichstr. 297.

**Dampfer-Extra-Fahrten**  
ab **Waisenbrücke** **Neue Mühle** und **Leipziger**  
ab **Waisenbrücke** **Neue Mühle** und **Leipziger**  
ab **Waisenbrücke** **Neue Mühle** und **Leipziger**  
ab **Waisenbrücke** **Neue Mühle** und **Leipziger**

**Neuköllner Möbel Vertrieb**  
**Ludwig Rogasner**  
Möbel-Verkaufsstelle 50 Ecke Anhalterbahnhof  
FERNANDEZ-NEUKÖLLN 9000  
**Spez. Schlafzimmer**  
**Küchen**  
Bestellen Sie meine Qualitäts- u. Preis

**das**  
größte Vertrauen erworben. Dieses erbt sie durch Gegenvertrauen: sie gibt jedem kulanten Kredit. Darum sei Ihnen gesagt:

**Korbmöbel**  
kaufen Sie am besten/billigsten direkt beim Hersteller  
**A. Sedau**  
Werkstätten für feine Korbmöbel  
Neukölln, Berliner Str. 179  
Ausstellung und Verkauf nur  
Neukölln, Anhalterbahnhofstr. 20

**Arbeitskleidung**  
**Hosen**  
von 45.- bis 225.- M  
Hemden, Unterhosen, Socken  
**Berufskleidung**  
Gute Ware! Billigste Preise!  
**Gerh. Kohlen**  
Neukölln, Hermannstr. 76/77

**Billig und gut**  
kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei  
**Löffler**  
Rosenthaler Straße 66  
Nähe Rosenthaler Platz  
**Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an**  
Anfertigung in eigener Werkstatt

**Nutzeisen**  
Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben  
**Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln**  
Weserstr. 35/30 — Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Erzgeb.“. Tel. Lichtenbg. 646/647

**Schieben**  
Sie Ihren Möbelaufkauf nicht unnötig **raus!**  
Gehen Sie sofort zu Prenzlauer, denn die Möbel werden teurer.

**KORB-MÖBEL**  
für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.  
**Heinrich Kaese**  
Korb- und Rohrmöbel-fabrik  
Neukölln, Berliner Str. 59,  
Quergeb. part. (Kein Laden.)

**Ruhebetten**  
**200 Mk.**  
gute Verarbeitung, kein Panzerbett.  
**Girndt, Neukölln,**  
Hingegrabenstraße 2  
Tel.: Neukölln 1908.  
**Abschriften**  
Adressen, Diktate, Vervielfältigungen übernimmt Adler, Frobenstr. 21, Nollend. 1646.

**Parzellen**  
in Eggersdorf, 15 Minuten vom Bahnh. Strausberg entfernt, zu verkaufen. Köhn & Co. Berlin, Poststr. 11. April 1920  
**Bettwäsche**  
Deckbett 62/75, Kissen 16-18, Damenhemd 24, Handtücher, Mäntelhemden, Schürzen billig. Inzerat schnell, vergütet 6 Proz.  
**Eckebrecht**  
Hans-  
holde 93

**Gardinen!**  
**Sonderangebote**  
und **Gelegenheitskäufe**  
in **Resten**  
Stores, Bettdecken  
Madras- und Künstler-  
**Gardinen**  
Spezial-Gardinenwerkst.  
**Neukölln, Bergstr. 67**  
am Ringbahnhof

**Möbel**  
jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung  
**Möbelhaus**  
Andreasstr. 28  
Strengste Diskretion.